

Rede von Dr. Wolfgang Gerhardt MdB  
auf dem Parteitag der Hessischen FDP  
am Sonntag, den 15. März 2009, 10 Uhr in Hanau

Das Jahr 2009 hätte nicht besser beginnen können, als mit einem überzeugenden Wahlerfolg unserer hessischen FDP bei der Landtagswahl im Januar. Sie alle haben daran großen Anteil. Wir bleiben unseren Wählerinnen und Wählern weiterhin zu Dank verpflichtet. Wir sind uns bewusst, welches großes Vertrauen sie in uns gesetzt haben.

Wir sind seitdem in einer geradezu beängstigenden Frühform. Ob sie weiter trägt, liegt an uns. Wir stehen jeden Tag auf dem Prüfstand. Mit unseren Zielen, unserer Vertrauenswürdigkeit, unserer Kompetenz und unseren Überzeugungen. Es gilt Werte zu betonen, Maßstäbe zu setzen, ein Bewusstsein für die Herausforderungen zu entwickeln, eine Haltung zu deren Bewältigung zu schaffen und so das gesellschaftliche Klima zu prägen.

Dazu brauchen wir Mitstreiter. Platon sagte vor etwa 2400 Jahren, daß diejenigen, die zu klug sind, sich in der Politik zu engagieren, dadurch bestraft werden, daß sie von den Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst. Das müsste sich allmählich herumgesprochen haben. Wer sich dieser Gefahr nicht aussetzen will, der sollte zu uns kommen. Bei uns ist noch Platz. Wir rücken zusammen.

Die ersten Erklärungen des 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten, Barak Obama, deuten darauf hin, daß er eine mit imperialen Zügen geführte Präsidentschaft des 43. Präsidenten, die Amerika einen weltweit großen Ansehensverlust zugefügt hat, beenden will. Das ist gut so. Das Atlantische Bündnis, die westliche Welt, das ist ja nicht nur eine Geografie. Der Westen, das muß immer ein überzeugendes politisches Programm sein. Die gemeinsamen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potentiale sind überragend. Es gibt zum Atlantischen Bündnis keine ernsthafte geostrategische Alternative.

Die Vereinigten Staaten waren zwar noch nie das Traumland der deutschen Wohlfahrtsverbände. Ihre Art genetischer Code, die Welt von Verderbtheit zu befreien ist auch vielfach aus völkerkundlicher Unkenntnis gescheitert. Aber ihre Anziehungskraft für kluge Menschen aus aller Welt ist weiter ungebrochen. Von ihrem Spirit könnte sich die vielfach risikoaverse und staatskundschaftlich geprägte deutsche Gesellschaft ein gutes Stück abschneiden.

In der Europäischen Union hat Europa Souveränität wie kein anderer Kontinent gebündelt um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden. Europa ist dadurch aus dem Größten heraus. Aber es ist noch nicht da angekommen, wo es sein will. In Mittel- und Osteuropa betonen Länder nach der sowjetischen Unterdrückung erst einmal wieder ihre nationale Identität. Im Westen überschätzen viele nationale Führungseliten ihre eigenen Möglichkeiten in einer globalisierten Welt.

Die kritische Masse für eine belastbare europäische Loyalität reicht noch nicht aus. Die Gefahr der Renationalisierung ist gerade in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Problemlage unübersehbar. Solche Bestrebungen helfen aber am Ende niemanden, am wenigsten einem exportorientierten Deutschland. Es gibt keine erfolgreiche nationale Lösung in der Globalisierung. Europa kann nur gemeinsam die Herausforderung meistern.

Weltweit entwickelt sich vor unser aller Augen eine neue Verteilungsdebatte um Ressourcen und Chancen. Viele sprechen von einer Gewichtsverschiebung nach Asien. China wird in den nächsten Jahren seine Marktanteile zweifellos weiter vergrößern. Es wird Produkte immer höherer Qualität entwickeln. Indien ist der IT-Provider der Welt schlechthin. Es hat eine große und wissbegierige junge Generation. Beide Länder beherbergen aber auch gewaltige wenn auch unterschiedliche Probleme der Einparteienherrschaft, der Menschenrechte, eine schwachen Infrastruktur und soziale Spannungen. Es ist nicht alles Gold was allein in Wachstumsraten glänzt.

In Afrika sind ethnischer Binnenzirkus, Staatsversagen und Krankheiten in der Lage ganze Gesellschaften zu zerstören. Afrika selbst hat noch nicht die Statur einen seiner vielen Konflikte wirklich aus eigener Kraft zu lösen. Selbst rohstoffreiche Staaten bringen es einfach nicht fertig einen sozialen Ausgleich in ihren Gesellschaften zu schaffen. Südafrika, eine unserer früheren Hoffnungen, entwickelt sich leider gegenwärtig zu einer einzigen Enttäuschung.

Die Energieeclipse vom Kaspischen Meer bis zum Mittelmeer ist katastrophenschwanger wie kaum eine andere Region in dieser Welt. Das Schlüsselthema Israel versus Palästina hält alle in Atem. Es beeinträchtigt nahezu alles. Jedes Kind kennt die Lösung aber in den Gesellschaften und bei den politisch Verantwortlichen dieser Region gibt es Solidarität anscheinend nur mit der jeweiligen eigenen Gesellschaft. Das Verständnis für die Leiden anderer fehlt und wenn es entwickelt wird, wie bei dem früheren ägyptische Präsidenten Sadat und dem früheren israelischen Regierungschef Rabin, dann müssen diejenigen, die ihren Gesellschaften über Tabuswellen hinweghelfen wollen bitter dafür bezahlen.

Lateinamerika ist ein Puzzle strategischer Entscheidungen. Brasilien ist auf einem vernünftigen Wachstumspfad. Andere sind gegenwärtig fern von guter Regierungsführung ganz zu schweigen von Venezuela. Die Muster zwischen Modernisierern und radikalen Populisten behindern an vielen Orten eine positive Entwicklung. Dem Kontinent fehlen stabile unaufgeregte Eliten, die aufgeklärt und weitsichtig ohne klientelistische Praktiken ihren Ländern eine nachhaltige Perspektive geben wollen.

Russland nutzt seine Ressourcenökonomie um sich einen Platz in der Weltliga zu sichern. Es wird sich so schnell mit Sicherheit nicht zu einer Westminsterdemokratie entwickeln. Es hat weder eine unabhängige Rechtsprechung noch unabhängige Institutionen. Es scheint groß und mächtig und verletzlich zugleich. Seine Eliten hängen einem

Machtverständnis nach, das sich in Machtausüben gegen andere erschöpft. Imperiale Nostalgie ist aber keine Lösung.

Mit Renaissance und Humanismus und Aufklärung hat sich eine neue Welt in einem Teil der Welt durchgesetzt, aber moderne Setzungen sind auch gefährdet, schreibt der Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio. Unser Menschen- und Weltbild sei womöglich kulturell und religiös voraussetzungsreicher als unser Rationalismus uns das Glauben machen wolle.

In der Tat gibt es alte Gegengewichte des Neuen, die wir in ihrer Heftigkeit nach dem Zusammenbruch der alten bipolaren Welt so nicht erwartet haben. Manche Menschen vertreten ihren Glauben und ihre Überzeugungen in einer Art von Gewissheit, die jede Kultur der Toleranz zerstört. Solchen Vertretern einer konfrontativen Weltsicht darf man die Bühne nicht durch eine falsche ignorante Toleranz überlassen. Denn dort wo solche Menschen die Macht haben braucht der, der die Wahrheit sagt ein schnelles Pferd, so lautet ein chinesisches Sprichwort. Religionen sollen Gott verehren, sagt der frühere Limburger Bischof Kamphaus, aber sie sollen nicht Gott spielen.

Dennoch darf die ethische Überlegenheit des Rechtsstaats als Kern freiheitlicher Gesellschaften in der Auseinandersetzung mit Gegnern des freiheitlichen Rechtsstaats keinesfalls aufs Spiel gesetzt werden. Wir sind was wir tun, vor allem aber sind wir was wir nicht tun. Wenn die Harvard Law School ihren Graduierten die Diplome aushändigt erinnert sie daran „To think of law as wise restraint that make man free“. Es gibt keine bessere kulturelle Visitenkarte des Westens.

Douglas North, Wirtschaftshistoriker an der Washington University und Nobelpreisträger, hat die These aufgestellt, daß ein Wertesystem, welches wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb als etwas grundsätzlich positives ansieht, die wichtigste Voraussetzung für eine offene Gesellschaft ist. Wettbewerb ist in Deutschland ein eher kontaminiertes Wort. Leistung gerät hier zu lande in die gefährliche gedankliche Nähe einer

Körperverletzung. Die Marktwirtschaft hatte schon beträchtlich an kulturellem Boden verloren bevor sich das ereignete was wir jetzt als Finanzmarktkrise und in der Konsequenz wirtschaftliche Problemlage erleben.

Die Vorgänge auf den Finanzmärkten, der Kollaps von Banken, das Verhalten von Managern bestätigen scheinbar alle Vorurteile, die ohnehin gegen die Marktwirtschaft Gang und Gäbe sind. Daß der Staat, seine Banken, seine Aufseher, seine Politik bei vielen Fehlentscheidungen direkt beteiligt waren ist vielen nicht klar. Uns ist es klar und deshalb ist und bleibt es unsere Überzeugung, daß auch wenn gegenwärtig ein Eingreifen des Staates notwendig und unumgänglich ist, der Staat deshalb noch lange nicht der bessere Banker und auch nicht der bessere Unternehmer ist.

Der Staat muß Regeln setzen. Ganz offensichtlich haben die bisherigen nicht genügt. Deshalb müssen sie korrigiert und an der einen oder anderen Stelle verbessert werden. Ein Staat kann aber nicht alles. Wer Anspruch auf Tropenreisen ohne Durchfallerkrankung erhebt, wie die Wirtschaftswoche schreibt, dem mangelt es an Vorstellungskraft, daß ein Staat zwar alles versprechen, aber nicht unbedingt alles halten kann. Ein Staat kann nicht zaubern. Er kann mit dem Geld anderer Leute kein Unternehmen übernehmen oder für Unternehmen bürgen, deren Produkte nicht mit Erfolg verkauft werden können. Ein Holzmann genügt.

Die geschichtlichen Schleifspuren all derer, die das ganz anders sehen, können weltweit besichtigt werden. Überall dort, wo der Markt aus politischen Gründen ausgeschaltet worden ist, hat sich unkontrollierte wirtschaftliche sowie politische Macht entwickelt. Das Brot war fast kostenlos in den Systemen des Sozialismus. Aber den Menschen ist es dadurch aber nicht besser gegangen. Die propagierte soziale Freiheit hat ihre persönliche Freiheit zerstört. Mehrere Generationen habe der Sozialismus die Völker durch die Wüste getrieben, las ich neulich. Doch das verheißene Land sei nie gekommen. Der Sozialismus habe die Wüste sogar selbst geschaffen.

Die kulturelle und gesellschaftliche Verankerung von Marktwirtschaft in Deutschland, die wir erneut unternehmen müssen, kann allerdings nur gelingen, wenn denjenigen, die in den Märkten agieren der untrennbare Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung wieder deutlicher wird. Ein staatliches Regelwerk, auch wenn es erneuert wird, wenn es ergänzt wird und mit den besten Absichten eingesetzt wird kann nicht halten, wenn manche Akteure menschliches Maß derart aus den Augen verlieren, wie diese geschehen ist und durch Uneinsichtige leider immer noch geschieht.

Der Aufstieg und Fall von Nationen ist nicht allein bedingt durch Rohstoffreserven oder technologische Fähigkeiten allein. Ihre Kultur, ihre Kompetenz im Wandel, die Herrschaft des Rechts, unabhängige Institutionen und vor allem Bildungschancen sind es. Im internationalen Bereich wandert das Gewicht zu Wissensgesellschaften. Produktivitätsgewinne werden über Innovationsfähigkeiten entstehen. Hier liegt das Paket für die Zukunft.

Bildungs – und Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsdynamik sind die Maßstäbe für soziale Chancen und für soziale Gerechtigkeit. Wir müssen heraus aus dem Wettbewerb, wer bietet mehr hin zu Konzepten des Selbstvertrauens und der Ermutigung. Es geht darum die Schwachen zu stärken, statt die Starken zu schwächen. Darauf wird in Deutschland nicht trainiert. Darauf kommt es aber an.

Es sind Gerechtigkeitsrethoriker unterwegs, die eine gewaltige Simplifizierung der Probleme des Sozialstaates betreiben. Ohne Befreiung von Not kann niemand an Freiheit teilhaben. Niemand darf deshalb menschenunwürdig zurückbleiben. Barmherzigkeit ist für die FDP kein Fremdwort. Wer Menschen aber wirklich helfen will, der muß ein verständliches und zukunftsfähiges Angebot des Sozialstaates entwerfen und um eine Politik bemüht sein, der es nicht ausschließlich um neue Geldquellen für marode System geht. Fair und gerecht so sagt uns der

Sachverständigenrat, sind solche Sozialmodelle, die den Bedürftigen ein angemessenes Sicherheitsangebot machen, gleichzeitig aber dazu anhalten durch eigenes Engagement so bald wie möglich von gewährte Solidarleistungen unabhängig zu werden.

Es ist auch weder fair noch gerecht, so sagt der Sachverständigenrat weiterhin, wenn Transferleistungen ohne ausreichende Gegenleistungen mit ungedeckten Schecks auf die Zukunft derer verteilt werden, die im aktuellen Entscheidungsprozeß noch gar keine Stimme haben. Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets und auch der Gesundheitsfonds ist nicht unbedingt der Ort moralischer Exzellenz. Systeme der pauschalen Abbuchung, der pauschalen Zuteilung und der nebulösen Kostenentwicklung müssen reformiert werden. Es gibt nicht nur einen Gerechtigkeitsanspruch derer, die Leistungen beziehen sondern es gibt auch einen Gerechtigkeitsanspruch derer die die Beiträge heute und zukünftig einzahlen.

Ohne Bürgerecht auf Bildung kann niemand Chancen der Freiheit nutzen. Lernen ist der entscheidende Nachhaltigkeitsfaktor wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche, die mancher Bildungsgipfel erzeugt. Es geht um Kompetenzen, es geht um Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen in der Schule vermittelt wird, aber es geht auch um Haltungen und Werte und Einstellungen, die im Elternhaus vorgelebt werden müssen.

Lehrerinnen und Lehrer müssen Schülerinnen und Schülern erklären können warum das, was sie lernen wichtig ist. Sie müssen mit ihrer Person überzeugend dafür einstehen. Elternhäuser müssen ein Mindestmaß an Mitgift von Zivilisiertheit für ihre Kinder bereithalten. Der Anfang ist ganz entscheidend. Die Schule kommt oft zu spät. Kinder brauchen eine anregungsfreundliche Umgebung und die Vermittlung einer Kultur und eines Willens zum Lernen, denn Lernen ist das eigentliche Ethos der Solidarität.

Loriot sagt in einer unnachahmlichen Persiflage einer Rede: “Ich komme gleich zum Schluss, aber vorher möchte ich noch etwas sagen.“.

Ein bisschen weniger Berieselung mit alarmistischen Szenarien ist Bestrebungen nicht abträglich, die nicht aus Glaubensgründen sondern aus purer Vernunft am Verbrauch von Energie sparen wollen, die Entwicklung schadstoffärmerer Automobile begrüßen und schon aus Gründen eines vernünftigen Energiemixes für regenerative Energiequellen eintreten. Die sich aber gegen den umweltpolitischen Alterstarrsinn der Grünen und der SPD des Verzichts auf Kernenergie aussprechen und mindestens weiter forschen wollen, ob nicht doch eines Tages inherrent sicherere Kernkraftwerke entwickelt werden können.

Moderne Ideenaufseher helfen uns ökologisch nicht weiter. Vor allem wenn sie in einer Art naturreligiöser Stimmung daher kommen. Die Gedanken sind frei. Auch gegen umweltpolitische Kathedralen einer herrschenden ökologischen Orthodoxie. So lange hinter jedem Windrad aus Gründen der Versorgungssicherheit Kraftwerke stehen, die fossile Energieträger verbrennen, darf an der intellektuellen Wahrhaftigkeit manchen klimapolitischen Engagements gezweifelt werden, schrieb kürzlich ein Kommentator.

Die FDP darf im Jubiläumsjahr des Grundgesetzes und damit der Bundesrepublik Deutschland mit Selbstvertrauen und auch ein bisschen Stolz auf ihre geschichtliche Leistung für Deutschland verweisen.

Die Verfassungsbindung der Politik nach der großen Katastrophe, die Versöhnung der deutschen Eliten mit den parlamentarischen Systemen des Westens, wie Theodor Heuss es ausdrückte, die Soziale Marktwirtschaft, der Rechtsstaat, die mutige Öffnung durch eine neue Deutschlandpolitik, das alles hat Frieden und Freiheit in einem noch nie gekannten Ausmaß in der Deutschen Geschichte gesichert. Die Wiedervereinigung Deutschlands war und blieb die Hoffnung der FDP. Mit Leidenschaft hat sich ein Sachse, der

später Hessen zu seiner zweiten Heimat machte, Wolfgang Mischnick, dafür im wahrsten Sinne des Wortes, verzehrt.

Die Kultur der Freiheit braucht nach John Stuart Mill, Menschen, die die Freiheit lieben, den Rechtschaffenen achten und ihre Kultur und den eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hinein tragen. Sie sind die citoyens freier Gesellschaften. An ihrer Seite stehen wir. Wir wollen uns für eine Gesellschaft engagieren, in der Menschen gerne leben möchten. Deshalb und dafür machen wir Politik.

Wir bleiben auf Kurs. Bescheidenheit mit Selbstvertrauen verbinden ist unsere Haltung. Freiheit ist unser Programm. Verantwortung für Deutschland empfinden wir als unsere Aufgabe.